

Gemeinsame Pressemeldung vom 10. September 2026

Existenznot vor Gericht: Eilverfahren gegen Jobcenter mehr als verdoppelt Organisationen warnen vor weiteren sozialen Einschnitten

Eine heute von Tacheles e.V. in Berlin vorgelegte Expertise zeigt einen alarmierenden Anstieg sozialrechtlicher Auseinandersetzungen: 2026 nahmen Widersprüche und Klagen gegen Jobcenterbescheide deutlich zu, die Zahl gerichtlicher Eilverfahren hat sich binnen eines Jahres sogar mehr als verdoppelt. Hauptgrund für diese Entwicklung ist laut Expertise der hohe materielle Druck auf Menschen mit niedrigen Einkommen. Tacheles, Sanktionsfrei und der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) warnen anlässlich der laufenden Haushaltsberatungen im Bundestag daher eindringlich vor weiteren Leistungskürzungen und sozialen Einschnitten.

Bundesweit wurden 2025 rund eine halbe Million Widersprüche gegen Jobcenter-Entscheidungen eingelegt. 2026 hat sich die Dynamik noch einmal verschärft: Von Januar bis Juli stieg die Zahl der Widersprüche gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 31 Prozent, die der Klagen um rund 19 Prozent. Beim gerichtlichen Eilrechtsschutz beträgt der Anstieg sogar 125 Prozent. In allen 16 Bundesländern wurden mehr Eilverfahren registriert, in zwölf Ländern hat sich ihre Zahl mehr als verdoppelt.

Dabei sind Betroffene mit ihrer Gegenwehr häufig gänzlich oder zumindest zu Teilen erfolgreich. 2025 führten etwa jedes dritte bis vierte abgeschlossene Widerspruchs- und jedes dritte Klageverfahren zu einer vollständigen oder teilweisen Korrektur der angegriffenen Entscheidung. Bei rund der Hälfte der erfolgreichen Widersprüche (51 %) waren Fehler oder Versäumnisse der Verwaltung ausschlaggebend für die Korrektur. Gerade deshalb komme unabhängiger Beratung außerhalb der Jobcenter eine besondere Bedeutung zu.

Die Organisationen warnen, dass die jüngsten Verschärfungen durch die neue Grundsicherung, Sanktionen und Begrenzungen bei den Kosten der Unterkunft das Konfliktpotenzial und den Bedarf an Beratung und Rechtsschutz im zweiten Halbjahr 2026 weiter erhöhen könnten.

“Wir erleben, wie immer mehr Menschen um existenzsichernde Leistungen kämpfen müssen. Und wir sehen: Effektiver Rechtsschutz braucht mehr als soziale Rechte auf dem Papier und die formale Möglichkeit, Widerspruch einzulegen oder ein Gericht anzurufen. Es braucht eine Infrastruktur, die Menschen dabei unterstützt, ihre Rechte tatsächlich wahrzunehmen und durchzusetzen”, so **Harald Thomé, Tacheles e.V.**

Wie existenziell fehlerhafte Entscheidungen für Betroffene sein können, unterstreicht **Helena Steinhaus, Sanktionsfrei e.V.**: „Es ist im Sanktionsfrei-Support mittlerweile an der Tagesordnung, dass wir durch Ausgleichszahlungen Menschen vor Obdachlosigkeit bewahren. Wir sind erschüttert, wie hart Jobcenter inzwischen entscheiden, offenbar ohne Rücksicht auf Verluste. Den Betroffenen und ihren Kindern kann mit einem Bescheid der Boden unter den Füßen weggerissen werden.“

Auch an der Schnittstelle zum Mietrecht drohen gravierende Folgen, warnt **Benjamin Raabe, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein**: „Für Mieter*innen wächst der Druck von zwei Seiten: Leistungskürzungen und geplante Einschnitte beim Wohngeld verschärfen die materielle Lage, während eine Schonfristzahlung weiterhin nicht sicher vor Wohnungsverlust schützt. Gleichzeitig wird über eine Schwächung des mietrechtlichen Schutzes diskutiert: Insbesondere Stimmen aus der Immobilienwirtschaft fordern weniger Mietpreisbremse und höhere Bestandsmieten.“

Die Expertise zeigt zugleich, dass die wachsende Nachfrage nach Unterstützung vielerorts auf eine Beratungslandschaft trifft, die selbst unter finanziellem und personellem Druck steht und an Kapazitätsgrenzen kommt. Insbesondere die Suche nach Anwältinnen und Anwälten gestaltet sich vielfach schwierig. Generative KI könne zwar dabei helfen, Informationen zu finden oder einen Widerspruch zu formulieren. Individuelle Beratung und anwaltliche Vertretung könne sie jedoch nicht ersetzen.

„Die Befunde sind ein Warnsignal: Ein Rechtsanspruch allein garantiert eben noch nicht, dass ein Mensch auch zu seinem Recht kommt. Genau diese Lücke zwischen Recht haben und Recht bekommen müssen wir schließen“, sagt **Gwendolyn Stilling von GKS Consult - Gesellschaft für Kommunikation und Soziales**, Autorin der Expertise.

Die Organisationen appellieren an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags, auf eine auskömmliche Höhe und Ausgestaltung von Leistungen zu achten und von weiteren Einschnitten zulasten von Menschen mit niedrigen Einkommen abzusehen. Zugleich müsse ein tatsächlich zugänglicher Rechtsschutz sichergestellt werden. Wer Leistungsansprüche begrenze oder Zugangsvoraussetzungen verschärfe, müsse gewährleisten, dass Betroffene Entscheidungen verstehen, überprüfen und ihre Rechte wirksam durchsetzen können. Dazu brauche es eine verlässlich finanzierte, unabhängige Sozialrechtsberatung.

Mit Sozialportal.net hat Tacheles e.V. ein bundesweites Angebot geschaffen, das Betroffenen hilft, passende Beratungs- und Unterstützungsangebote zu finden. Zugleich unterstützt es Beratungsstellen und Anwältinnen und Anwälte bei Vernetzung und Verweisberatung.

Download der Expertise als PDF unter www.gks-consult.de

Link zum Sozialportal: www.sozialportal.net

Pressekontakt:

Gwendolyn Stilling
0173-99 86 994
pr@gks-consult.de